



«Mehrwert für alle»

Änderung des Steuergesetzes – neuntes Revisionspaket

Bericht und Antrag des Regierungsrats
vom 22. Oktober 2024

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen hiermit Bericht und Antrag zur Änderung des Steuergesetzes. Unseren Bericht gliedern wir wie folgt:

1. In Kürze	2
2. Ausgangslage	2
3. Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses	3
4. Steuerliche Abbildung gestiegener Krankenkassenprämien für die ganze Bevölkerung	4
5. Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner	5
6. Kombinierte Berechnungsbeispiele zu den steuerlichen Anpassungen gemäss den Kapiteln 3–5	7
7. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens	10
7.1. Ablauf und Teilnehmende	10
7.2. Allgemeines	10
7.3. Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses	11
7.4. Steuerliche Abbildung gestiegener Krankenkassenprämien	12
7.5. Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner	12
7.6. Weiteres	13
7.7. Berücksichtigung der Anliegen	14
8. Finanzielle Auswirkungen und Anpassungen von Leistungsaufträgen	15
8.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton	15
8.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden	16
8.3. Anpassungen von Leistungsaufträgen	17
9. Zeitplan	17
10. Antrag	17

1. In Kürze

Der Kanton Zug ist finanziell sehr gut aufgestellt und plant deshalb per 2026 eine Reihe von Entlastungsmassnahmen für alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons, das Gewerbe und die Wirtschaft, die unter dem Paket «Mehrwert für alle» zusammengefasst sind. Im Zentrum stehen folgende Massnahmen:

1. **Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses:**
Der Kantonssteuerfuss soll für die Jahre 2026 bis 2029 von 82 Prozent auf 78 Prozent gesenkt werden.
2. **Steuerliche Abbildung der gestiegener Krankenkassenprämien:**
Um die Belastungen durch höhere Krankenkassenprämien abzufedern, sollen die steuerlichen Abzüge angepasst werden. Dies betrifft vor allem den Mittelstand, der von den bisherigen Abzügen nicht ausreichend profitieren konnte.
3. **Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner:**
Die Abzugsmöglichkeiten für Rentnerinnen und Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen bis in den Mittelstand hinein, sollen erhöht werden, um deren Belastung durch steigende Lebenshaltungskosten abzufedern. Dies ist umso wichtiger, als angesichts der demografischen Herausforderungen die finanzielle Absicherung der Rentnerinnen und Rentner verbessert werden muss, um der Altersarmut entgegenzuwirken.
4. **Einlage des Kantons in die Spezialfinanzierungen Abwasserentsorgung und Trink- und Brauchwasserversorgung:**
Der Kanton wird im Rahmen einer separaten Vorlage substantielle Mittel zur Verfügung stellen, um die Erneuerung und den Betrieb der Abwasserinfrastruktur und den Ausbau der Trinkwasserversorgungsanlagen von regionaler Bedeutung zeitgerecht zu decken, damit auch ökologisch sinnvolle Arbeiten nicht aufgeschoben werden. Diese Einlagen werden geschätzt 255 Millionen Franken betragen.

Ziel dieser Massnahmen ist es, die gesamte Bevölkerung sowie das Gewerbe und die Wirtschaft spürbar zu entlasten. Von der Einlage des Kantons in die Spezialfinanzierung Abwasserentsorgung und Trink- und Brauchwasserversorgung profitieren direkt oder indirekt alle Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons sowie das Gewerbe und die Wirtschaft. Sie verhindern erhebliche Gebührenerhöhungen und tragen dazu bei, den Kanton als attraktiven und lebenswerten Standort zu erhalten. Diese Massnahme wird dem Kantonsrat nach der Vornahme weiterer Abklärungen separat zum Beschluss unterbreitet werden.

2. Ausgangslage

Der Kanton Zug ist finanziell gut aufgestellt. Im Jahr 2023 resultierte ein Überschuss von 461,3 Millionen Franken. Auch in Zukunft ist mit Ertragsüberschüssen im dreistelligen Bereich zu rechnen. Zudem verfügt der Kanton über eine sehr solide Eigenkapitalbasis.

Diese Ausgangslage ermöglicht finanzielle Massnahmen zugunsten der gesamten Bevölkerung bestehend aus den folgenden Massnahmen:

- Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses für die Jahre 2026 bis 2029.
- Steuerliche Abbildung der gestiegenen Krankenkassenprämien für die ganze Bevölkerung.

- Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner (in gleichzeitiger Beantwortung der Motion Grond/Brunner/Bruhin betreffend Stabilisierung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge durch steuerliche Entlastung; Vorlage Nr. 3668.1 - 17575).
- Einlage des Kantons in die Spezialfinanzierungen Abwasserentsorgung und Trink- und Brauchwasserversorgung (folgt als separate Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt).

Mit den obigen Massnahmen sollen die ganze Zuger Bevölkerung sowie das Gewerbe und die Wirtschaft finanziell entlastet werden.

3. Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses

Gemäss § 2 Abs. 2 des Steuergesetzes (StG; BGS 632.1) beträgt der Kantonssteuerfuss 82 Prozent. Er kann durch eine befristete oder unbefristete gesetzliche Anpassung oder im Rahmen des jährlichen Budgetbeschlusses des Kantonsrats jeweils im November für das Folgejahr gegen oben oder unten angepasst werden.

Bis 2020 kam der in § 2 Abs. 2 StG gesetzlich festgelegte Steuerfuss von 82 Prozent zur Anwendung. Zur Abfederung der Folgen von Covid-19 wurde der Steuerfuss mittels zeitlich befristetem § 2 Abs. 2a StG für die Jahre 2021 bis 2023 auf 80 Prozent gesenkt (Vorlage Nr. 3091.1 - 16307). Seit 2024 gilt wieder der ordentliche gesetzliche Steuerfuss von 82 Prozent unter jährlichem Anpassungsvorbehalt in der kantonsrätlichen Budgetdebatte.

Aufgrund der gegenwärtig sehr guten finanziellen Situation im Kantonshaushalt und zur Abfederung der vielerorts spürbar gestiegenen Lebenshaltungskosten soll der Kantonssteuerfuss für die Jahre 2026 bis 2029 von aktuell 82 Prozent auf neu 78 Prozent gesenkt werden. Deshalb soll ein neuer, zeitlich befristeter § 2 Abs. 2b mit folgendem Wortlaut in das StG aufgenommen werden: «In Abweichung von Abs. 2 beträgt der Steuerfuss für die Steuerjahre 2026 bis 2029 78 Prozent der einfachen Steuer.»

Ein Steuerfuss-Prozent entspricht in Anbetracht der zuletzt markant gestiegenen und in absehbarer Zeit weiter steigenden Steuererträge mittlerweile rund 14 Millionen Franken. Mit anderen Worten: Eine Senkung um 4 Steuerfuss-Prozente von 82 Prozent auf 78 Prozent führt zu jährlichen steuerlichen Mindererträgen von rund 56 Millionen Franken, wobei teilweise zeitliche Verzögerungswirkungen zu berücksichtigen sind. So wirkt sich etwa die Senkung bei den Steuererträgen juristischer Personen erst mit (frühestens) einem Jahr Verzögerung aus, und auch bei den Steuererträgen natürlicher Personen ist je nach Steuerart gewissen Verzögerungswirkungen Rechnung zu tragen.

Wird der Steuerfuss für die vier Jahre 2026 bis 2029 mittels befristeter Anpassung von § 2 StG auf 78 Prozent statt heute 82 Prozent festgelegt, so resultieren daraus steuerliche Minderträge von gesamthaft 224 Millionen Franken (= 4 Jahre x 14 Millionen Franken pro Steuerfuss-Prozent x 4 Prozent Senkung), die sich zeitlich ungefähr wie folgt verteilen:

	2026	2027	2028	2029	2030	2031	Total
Natürliche Personen							
Einkommenssteuer	19'200'000	24'000'000	24'000'000	24'000'000	4'800'000	-	96'000'000
Vermögenssteuer	6'000'000	8'000'000	8'000'000	8'000'000	2'000'000	-	32'000'000
NP Total	25'200'000	32'000'000	32'000'000	32'000'000	6'800'000	-	128'000'000
Juristische Personen							
Gewinnsteuer	-	20'800'000	20'800'000	20'800'000	20'800'000	-	83'200'000
Kapitalsteuer	-	3'200'000	3'200'000	3'200'000	3'200'000	-	12'800'000
JP Total	-	24'000'000	24'000'000	24'000'000	24'000'000	-	96'000'000
Total NP und JP	25'200'000	56'000'000	56'000'000	56'000'000	30'800'000	-	224'000'000

Die Steuerfuss-Senkung wirkt somit 2026 im (reduzierten) Umfang von 25,2 Millionen Franken, in den Jahren 2027 bis 2029 im vollen jährlichen Umfang von 56 Millionen Franken und 2030 aufgrund der zeitlichen Verzögerung noch mit 30,8 Millionen Franken. Ab 2031 zeigt die befristete Steuerfuss-Senkung keine signifikanten Mindererträge mehr (abgesehen von Einzelfällen, die erst zeitlich verzögert für frühere Steuerjahre definitiv veranlagt werden können, etwa nach Rechtsmittelverfahren oder Blockierung von Dossiers durch andere Behörden).

Die Senkung des Kantonssteuerfusses wirkt sich ausschliesslich auf den Finanzhaushalt des Kantons aus, d. h. den Zuger Gemeinden entstehen dadurch keine finanziellen Ausfälle.

Die befristete Senkung des Kantonssteuerfusses durch eine Änderung des Steuergesetzes hat zur Folge, dass diese Senkung nicht mehr durch einen Budgetbeschluss aufgehoben oder angepasst werden kann (Unabänderlichkeit der gesetzlich festgelegten Abweichung vom Kantonssteuerfuss von 82 Prozent).

Da der Steuerfuss sowohl für natürliche wie auch juristische Personen sinkt, wird die nationale Ergänzungssteuer für die grossen internationalen Unternehmen (OECD-Mindestbesteuerung) etwas höher ausfallen. Dazu folgendes rudimentäres Beispiel:

Wenn die Gewinnsteuerbelastung (inklusive direkte Bundessteuer) je nach Gemeinde von heute angenommen 11,8 Prozent auf neu 11,7 Prozent sinkt, beträgt die nationale Ergänzungssteuer für grosse Unternehmen künftig 3,3 Prozent (= 15 Prozent abzüglich 11,7 Prozent) statt bisher 3,2 Prozent (= 15 Prozent abzüglich 11,8 Prozent). Dieser Umstand ist unvermeidlich und im Interesse des Gesamtpakets in Kauf zu nehmen. Zudem betrifft die Ergänzungssteuer die grossen Unternehmen und keine kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). Die KMU profitieren effektiv von der Steuerfuss-Senkung, die auch für juristische Personen gilt.

4. Steuerliche Abbildung gestiegener Krankenkassenprämien für die ganze Bevölkerung

Die Krankenkassenprämien sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Sie gehören mittlerweile für grosse Bevölkerungsteile und ganz besonders für den Mittelstand zu den grossen Herausforderungen in ihrer persönlichen finanziellen Situation. Während Personen mit tiefen Einkommen und Vermögen zumindest individuelle Prämienverbilligungen geltend machen können, die ihnen helfen, die Anstiege bei den Krankenkassenprämien einigermaßen zu meistern, sind die Prämienanstiege der letzten Jahre vor allem für den Mittelstand knapp oberhalb der Prämienverbilligungs-Möglichkeiten eine enorme Herausforderung geworden.

Regelmässige Erhebungen und Umfragen («Sorgenbarometer der Bevölkerung») bestätigen dies immer wieder.

Die Kostensteigerungen bei den Krankenkassenprämien sollen nun steuerlich berücksichtigt werden, damit künftig höhere Steuerabzüge zulässig sind.

Gemäss § 30 Abs. 1 Bst. g StG kann ein Abzug für Krankenkassenprämien, weitere Versicherungen und Zinsen auf Sparkapitalien steuerlich vorgenommen werden. Die Höhe des bisherigen Abzugs ist abhängig von der Familienkonstellation und von geleisteten Beiträgen an die 2. und 3. Säule und bewegt sich in einer Bandbreite von teuerungsbereinigt mindestens 3400 Franken bis höchstens 10 200 Franken zuzüglich 1100 Franken pro Kind. Auf 2026 sollen die steuerlichen Abzüge gemäss nachfolgender Tabelle erhöht werden:

	bisher nominal	bisher inkl. Teuerung	neu
Alleinstehende mit Beiträgen 2./3. Säule	3'000	3'400	4'600
Alleinstehende ohne Beiträge 2./3. Säule	4'500	5'100	6'900
Verheiratete mit Beiträgen 2./3. Säule	6'000	6'800	9'200
Verheiratete ohne Beiträge 2./3. Säule	9'000	10'200	13'800
Kind	1'000	1'100	1'600

Die Erhöhung der Abzüge bemisst sich so, dass sie einerseits spürbare Wirkung entfaltet und andererseits in einem ausgewogenen Verhältnis zu anderen Sozialabzügen steht.

Von dieser angemessenen Erhöhung der Abzüge profitiert die ganze steuerzahlende Zuger Bevölkerung, soweit sie nach Abzug allfälliger Zuschüsse aus der individuellen Prämienverbilligung entsprechende Prämien selbst trägt.

Die vorgeschlagenen Anpassungen führen für den Kanton nachhaltig zu jährlichen steuerlichen Mindererträgen von rund 6,5 Millionen Franken bei den Kantonssteuern und für die Gemeinden zu Mindererträgen von rund 4,9 Millionen Franken bei den Gemeindesteuern.

5. Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner

Die Erfahrung zeigt, dass nicht zuletzt Rentnerinnen und Rentner in eher bescheidenen finanziellen Verhältnissen von steigenden Lebenshaltungskosten stark betroffen sind. Das kantonale Steuerrecht ist nur beschränkt geeignet, hier Abhilfe zu schaffen, weil viele Rentnerinnen und Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen schon heute oft gar keine oder nur geringe Kantons- und Gemeindesteuern zahlen. Will man diese Personen gezielt unterstützen bzw. entlasten, müsste generell bei der Alterspolitik und bei direkten finanziellen Transferleistungen (z. B. Ergänzungsleistungen) angesetzt werden. Nichtsdestotrotz kann auch das kantonale Steuerrecht in einem beschränkten Rahmen mithelfen, die Situation für Betroffene zu verbessern.

Als einer der wenigen Kantone kennt Zug bereits seit längerem einen zusätzlichen steuerlichen Sozialabzug für Rentnerinnen und Rentner, die bestimmte Einkommens- und Vermögensgrenzen nicht überschreiten. Für Personen, deren Reinvermögen 283 000 Franken nicht übersteigt, beträgt der Abzug gemäss § 33 Abs. 1 Ziff. 3 StG 3400 Franken bei einem Reineinkommen bis

zu 34 000 Franken bzw. 1700 Franken bei einem Reineinkommen bis zu 56 700 Franken (alle genannten Beträge teuerungsbereinigt mit Stand 2024). Angesichts der jüngst gestiegenen Lebenshaltungskosten drängt es sich auf, diese Beträge zu überprüfen.

Wie erwähnt ist das kantonale Steuerrecht nur beschränkt geeignet, steigenden Lebenshaltungskosten von Rentnerinnen und Rentnern Rechnung zu tragen. Schon heute zahlen viele Rentnerinnen und Rentner keine Kantons- und Gemeindesteuern, weil ihr steuerbares Einkommen unter Berücksichtigung aller Abzüge (namentlich persönlicher Abzug, Abzug für Krankenkassen-Prämien, Mieterabzug, Abzug für Krankheitskosten etc.) null beträgt. Gemäss bundesrechtlicher Vorgaben aus dem Steuerharmonisierungsgesetz ist es zudem nicht zulässig, Rentenleistungen generell von den Steuern auszunehmen. Verschiedene Vorstösse und Anläufe auf Bundesebene zur Änderung der bundesrechtlichen Rahmenbedingungen sind in den letzten Jahren gescheitert (zuletzt Pa.IV. Hess, 23.442, Keine Besteuerung von AHV-Renten, vom Nationalrat am 30. Mai 2024 keine Folge gegeben; vgl. zuvor bereits erfolglos Mo. Estermann, 13.4074, Für eine steuerfreie AHV, Mo. Kaufmann, 08.3726, AHV steuerfrei; eidgenössische Volksinitiative «Ja zu steuerfreien AHV- und IV-Renten»). Auch auf kantonaler Ebene war die Steuerbefreiung von AHV-Renten bereits Thema einer Motion, zu der sich der Regierungsrat ablehnend geäussert hat (vgl. Antwort des Regierungsrats vom 29. Juni 2021 auf die Motion der SVP-Fraktion betreffend Standesinitiative zur steuerlichen Entlastung von Rentnern: Befreiung der AHV-Renten von der Einkommenssteuer [Vorlage Nr. 3187.1 - 16497]). Der Regierungsrat hat zwar Verständnis für das Anliegen der Bekämpfung der Altersarmut und die individuelle Situation von besonders Betroffenen gezeigt, dennoch mit Blick auf die unerwünschten erheblichen Nebeneffekte einer generellen Befreiung (v. a. Subventionierung nach dem Giesskannenprinzip mit grosser Streuwirkung statt zielgenauer Massnahmen, zudem Verschiebung von Steuerlasten auf die jüngeren Generationen) Nicht-Erheblicherklärung der Motion beantragt. Der Kantonsrat ist dem Antrag und den Argumenten des Regierungsrats in der Kantonsratssitzung am 28. Oktober 2021 gefolgt und hat die Motion mit 57 zu 15 Stimmen nicht erheblich erklärt.

Zulässig ist damit aufgrund der bundesrechtlichen Grenzen nur – aber immerhin – ein Abzug, der auf einigermassen moderate finanzielle Verhältnisse beschränkt bleiben muss, da er sonst die Bedingungen an einen harmonisierungsrechtlich zulässigen Sozialabzug nicht mehr erfüllt. Es wäre also bundesrechtlich nicht zulässig, allen Rentnerinnen und Rentnern generell und unabhängig von deren Einkommens- und Vermögenssituation immer einen zusätzlichen Steuerabzug zu gewähren, einzig weil sie Rentnerin bzw. Rentner sind. Ein derart ausgestalteter Abzug wäre nach dem Empfinden eines Grossteils der Bevölkerung wohl auch nicht sachgerecht, denn die Erfahrung zeigt, dass es viele Rentnerinnen und Rentner in guten bis sehr guten finanziellen Verhältnissen gibt. Sie trotz ihrer guten finanziellen Situation gegenüber der aktiv berufstätigen Bevölkerung in vergleichbaren Verhältnissen generell steuerlich zu privilegieren, obwohl die erwerbstätige Bevölkerung oft mindestens so sehr von den steigenden Lebenshaltungskosten und namentlich dem hohen Mietzinsniveau im Kanton Zug betroffen ist, könnte in breiten Kreisen der Bevölkerung auf wenig Verständnis stossen.

Im Rahmen der bestehenden bundesrechtlichen Freiräume bietet sich es somit an, die Beträge beim Abzug für Rentnerinnen und Rentner in bescheidenen finanziellen Verhältnissen in sachlich angemessener Weise zu erhöhen. Ab 2026 sollen Rentnerinnen und Rentner neu bis zu einem Reinvermögen von 400 000 Franken (heute teuerungsbereinigt 283 000 Franken) einen zusätzlichen steuerlichen Sozialabzug geltend machen können. Dieser soll neu einheitlich pro Rentnerin oder Rentner 6000 Franken betragen und er soll geltend gemacht werden können

- bis zu einem Reineinkommen von 120 000 Franken für Steuerpflichtige, die in ungetrennter Ehe leben, sowie für getrennt lebende, geschiedene, verwitwete oder ledige

- Steuerpflichtige, die mit Kindern, für die ein Kinderabzug gewährt wird, zusammenleben (Personenkreis somit deckungsgleich mit dem grossen persönlichen Abzug nach § 33 Abs. 1 Bst. a StG);
- bis zu einem Reineinkommen von 60 000 Franken für die übrigen Steuerpflichtigen, also vor allem Ledige ohne minderjährige bzw. unterstützte Kinder (Personenkreis somit deckungsgleich mit dem kleinen persönlichen Abzug nach § 33 Abs. 1 Bst. b StG).

Die Berechnungsbeispiele in Beilage 2 zeigen die Berechnungsgrundlagen und die Auswirkungen der Anpassungen unter anderem des Abzugs für Rentnerinnen und Rentner für verschiedene Personen- und Familienkonstellationen in Abhängigkeit von der individuellen finanziellen Situation.

Heute können rund 5700 Zugerinnen und Zuger einen Abzug für Rentnerinnen und Rentner steuerlich geltend machen. Dabei gilt: Pro Steuersubjekt (Steuerhaushalt) kann ein Abzug geltend gemacht werden, ungeachtet, ob es sich um eine alleinstehende Person (z. B. eine ledige Person ohne Kinder) oder um ein gemeinsam veranlagtes Paar allenfalls zusammen mit Kindern handelt. Bisher kann somit immer nur ein Abzug pro Steuersubjekt geltend gemacht werden. Mit der künftigen Regelung soll dies ändern. Künftig können Einpersonenhaushalte («Ledige») wie bis anhin nur einen Abzug, bei gemeinsam veranlagten Paaren kann künftig jeder Ehegatte mit Rente einen Abzug geltend machen. In anderen Worten: Wenn beide Ehegatten bereits im Rentenalter sind, kann dieses gemeinsam veranlagte Ehepaar somit künftig zwei Abzüge à je 6000 Franken geltend machen. Wenn nur ein Ehegatte bereits pensioniert ist und der andere noch im aktiven Berufsleben steht, kann ein Abzug geltend gemacht werden. Die Anpassungen führen dazu, dass künftig statt 5700 Abzüge zu je 1700 Franken bzw. 3400 Franken für Rentnerinnen und Rentner neu rund 9500 Abzüge zu je 6000 Franken geltend gemacht werden können.

In finanzieller Hinsicht führen die Anpassungen für den Kanton zu jährlichen steuerlichen Mindererträgen von rund 2,6 Millionen Franken und für die Gemeinden von rund 2 Millionen Franken. Sie sind deshalb verhältnismässig gering, weil schon heute sehr viele Rentnerinnen- und Rentnerhaushalte bis weit in den Mittelstand hinein keine oder nur sehr geringe Einkommenssteuerbeträge zahlen.

Mit den Anpassungen wird gleichzeitig beantragt, die Motion von Flurin Grond, Philip C. Brunner und Gregor Bruhin betreffend Stabilisierung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge durch steuerliche Entlastung vom 30. Januar 2024 (Vorlage Nr. 3668.1 - 17575) teilerheblich zu erklären und im Umfang der Teilerheblicherklärung infolge Umsetzung im Rahmen dieser Vorlage als erledigt abzuschreiben.

6. Kombinierte Berechnungsbeispiele zu den steuerlichen Anpassungen gemäss den Kapiteln 3–5

Aus den Berechnungsbeispielen in Beilage 2 lassen sich die Folgen der vorgeschlagenen steuerlichen Anpassungen für verschiedene Personen- und Familienkonstellationen herauslesen. Beispiele 1 und 2 betreffen Konstellationen, bei denen die Betroffenen aufgrund ihrer finanziellen Situation schon heute wenig Kantons- und Gemeindesteuern entrichten müssen, womit sich weitere steuerliche Entlastungen bei ihnen kaum mehr auswirken können. Die Beispiele 3 und 4 zeigen Konstellationen im Bereich des (unteren) Mittelstands, bei denen die Anpassungen – namentlich jene beim Abzug für Rentnerinnen und Rentner – eine doch spürbare steuerliche Entlastung bringen können. Auf diese Konstellationen fokussiert das vorliegende Paket «Mehrwert für alle» ganz besonders. Die Beispiele 5 und 6 zeigen finanziell eher gut situierte Personen ohne minderjährige Kinder, die weder heute noch künftig einen Abzug für Rentnerinnen

und Rentner geltend machen können. Bei ihnen wirken dafür die Anpassungen beim Steuerfuss und beim Versicherungsabzug. Den Abschluss macht das Beispiel 7 für eine finanziell gut situierte Familie mit zwei minderjährigen Kindern. Hier wirken zusätzlich auch noch die erhöhten Krankenkassen-Abzüge für die Kinder.

Beispiel 1:

Es zeigt die Situation für eine in der Stadt Zug wohnhafte, alleinstehende, konfessionslose Rentnerin («nachfolgend Rentnerin 1») ohne minderjährige bzw. unterstützte Kinder, die von der AHV-Maximalrente von 29 400 Franken und übrigen Erträgen von 2000 Franken (z. B. Sparzinsen, Wertschriftenerträge) lebt. Eine Rente aus 2. Säule (BVG) hat sie nicht. Ihr Reinvermögen (z. B. Sparkonten, Wertschriften) beträgt 50 000 Franken.

Heute kann Rentnerin 1 einen Versicherungsabzug von 5100 Franken und einen Rentnerabzug von 3400 Franken steuerlich abziehen. Künftig werden es ein höherer Versicherungsabzug von 6900 Franken und ein höherer Rentnerabzug von 6000 Franken sein. Zudem profitiert sie von der Senkung des Kantonssteuerfusses von 82 Prozent auf 78 Prozent. Statt heute 132 Franken jährliche Kantons- und Gemeindesteuern zahlt sie künftig nur noch 21 Franken (plus jeweils 105 Franken direkte Bundessteuer).

Die Steuerersparnis ist frankenmässig vergleichsweise gering, was daran liegt, dass Rentnerin 1 heute schon fast keine Steuern zahlt. Für sie bringen weitere Entlastungen bei den Kantons- und Gemeindesteuern kaum mehr etwas.

Beispiel 2:

Beispiel 2 zeigt eine vergleichbare Situation für ein Rentner-Ehepaar (nachfolgend «Rentner-Ehepaar 2»), welches ausschliesslich von einer AHV-Rente (maximale Ehepaar-Rente von 44 100 Franken) und von übrigen Erträgen in Höhe von 2000 Franken lebt, jedoch keine BVG-Rente hat.

Dieses Ehepaar profitiert zwar künftig von einem höheren Versicherungsabzug (13 800 Franken statt bisher 10 200 Franken) und einem deutlich höheren und neu doppelten Rentnerabzug (12 000 Franken statt bisher 1700 Franken). Rein betraglich ist die Steuerersparnis jedoch ähnlich wie beim Beispiel 1 wiederum gering, weil Rentner-Ehepaar 2 schon bisher kaum Kantons- und Gemeindesteuern zahlt.

Beispiel 3:

Beispiel 3 zeigt die Situation für eine alleinstehende Rentnerin («nachfolgend Rentnerin 3»), die nicht nur die AHV-Maximalrente von 29 400 Franken und übrige Erträge von 2000 Franken hat, sondern auch noch eine Pensionskassen-Rente von 30 600 Franken.

Rentnerin 3 profitiert künftig vom höheren Versicherungsabzug (6900 Franken statt 5100 Franken) und vor allem von einem erstmaligen Rentnerabzug von 6000 Franken, der auf die höhere zulässige Einkommensgrenze zurückzuführen ist. Zudem profitiert sie von der Senkung des Kantonssteuerfusses von 82 Prozent auf 78 Prozent. Statt heute 1999 Franken jährliche Kantons- und Gemeindesteuern zahlt sie künftig nur noch 1402 Franken (plus jeweils 666 Franken direkte Bundessteuer).

Beispiel 4:

Beispiel 4 zeigt eine vergleichbare Situation wie im Beispiel 3, jedoch für ein Rentner-Ehepaar (nachfolgend «Rentner-Ehepaar 4»), welches nicht nur die AHV-Maximalrente von

44 100 Franken und übrige Erträge von 2000 Franken hat, sondern auch noch eine Pensionskassen-Rente von 75 900 Franken.

Rentner-Ehepaar 4 profitiert künftig vom höheren Versicherungsabzug (13 800 Franken statt 10 200 Franken) und vor allem von einem erstmaligen Rentnerabzug von 12 000 Franken, der auf die höhere zulässige Einkommensgrenze zurückzuführen ist. Zudem profitiert es von der Senkung des Kantonssteuerfusses von 82 Prozent auf 78 Prozent. Statt heute 3850 Franken jährliche Kantons- und Gemeindesteuern zahlt es künftig nur noch 2686 Franken (plus jeweils 2614 Franken direkte Bundessteuer).

Beispiel 5:

Beispiel 5 zeigt die Situation für eine alleinstehende Person (nachfolgend «Person 5»), die anders als in den Beispielen 1 und 3 jedoch noch nicht im Rentenalter ist, sondern ein Nettoerwerbseinkommen von rund 300 000 Franken und übrige Erträge von 3500 Franken erzielt und über ein Vermögen von 2 Millionen Franken verfügt.

Person 5 kann weder heute noch nach der Teilrevision einen Rentnerabzug geltend machen, profitiert jedoch künftig vom höheren Versicherungsabzug (4600 Franken statt 3400 Franken) und von der Senkung des Kantonssteuerfusses von 82 Prozent auf 78 Prozent. Statt heute 31 011 Franken jährliche Kantons- und Gemeindesteuern zahlt sie künftig noch 29 961 Franken (plus jeweils 26 510 Franken direkte Bundessteuer).

Beispiel 6:

Beispiel 6 zeigt eine vergleichbare Situation wie im Beispiel 5, jedoch für ein Einverdiener-Ehepaar im oberen Mittelstand ohne minderjährige Kinder (nachfolgend «Ehepaar 6»). Es erzielt ein Nettoerwerbseinkommen von rund 300 000 Franken und übrige Erträge von 3500 Franken, zudem verfügt es über ein Vermögen von 2 Millionen Franken.

Ehepaar 6 kann weder heute noch künftig einen Rentnerabzug geltend machen, profitiert jedoch künftig vom höheren Versicherungsabzug (9200 Franken statt 6800 Franken) und von der Senkung des Kantonssteuerfusses von 82 Prozent auf 78 Prozent. Statt heute 26 302 Franken jährliche Kantons- und Gemeindesteuern zahlt es künftig noch 25 236 Franken (plus jeweils 24 693 Franken direkte Bundessteuer).

Beispiel 7:

Beispiel 7 schliesslich zeigt eine vergleichbare Situation wie im Beispiel 6, jedoch für ein Ehepaar mit zwei minderjährigen Kindern. Es erzielt ein Nettoerwerbseinkommen von rund 300 000 Franken und übrige Erträge von 3500 Franken und verfügt über ein Vermögen von 2 Millionen Franken. Im Vergleich zum Beispiel 6 wirken hier zusätzlich noch die erhöhten Krankenkassenabzüge für die beiden Kinder (bisher zweimal 1100 Franken, neu zweimal 1600 Franken). Statt heute 11 198 Franken jährliche Kantons- und Gemeindesteuern zahlt es künftig noch 10 576 Franken (plus jeweils 11 968 Franken direkte Bundessteuer)

Insbesondere die Beispiele 1 bis 4 zeigen, dass weitere steuerliche Entlastungen für Personen- und Familienkonstellationen in den unteren Einkommens- und Vermögensklassen nur noch begrenzt wirksam sind. Hier helfen wohl nur noch Transferleistungen ausserhalb des Steuerrechts. Immerhin: Soweit auch solche Personen heute doch Steuern zahlen, sinkt auch deren Steuerbelastung. Und auch wenn es betragsmässig auf den ersten Blick wenig ausmacht, so können gerade für solche Konstellationen auch vergleichsweise gering erscheinende Entlastungen einen subjektiv spürbaren Unterschied in der engen persönlichen Finanzsituation ausmachen.

7. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

7.1. Ablauf und Teilnehmende

Am 9. Juli 2024 hat der Regierungsrat die Finanzdirektion beauftragt, ein Vernehmlassungsverfahren zur Vorlage durchzuführen. Die Vernehmlassungsfrist dauerte bis am 15. September 2024.

Rückmeldungen eingegangen sind vom Stadtrat Zug sowie von den Gemeinderäten Oberägeri, Unterägeri, Menzingen, Baar, Cham, Hünenberg, Steinhausen, Risch und Walchwil, von den Kirchenräten Baar und Risch, der FDP. Die Liberalen Zug, der Mitte Kanton Zug, der Alternative – die Grünen Zug, der SVP Kanton Zug, der SP des Kantons Zug, der Grünliberalen Partei Kanton Zug, der Zuger Wirtschaftskammer, vom Gewerbeverband Kanton Zug, vom Obergericht, vom Verwaltungsgericht, vom Advokatenverein des Kantons Zug sowie vom HEV Zugerland.

7.2. Allgemeines

Der Gemeinderat Cham und die SP Kanton Zug vermissen ein Gesamtkonzept über den Umgang mit dem Eigenkapital des Kantons. Der Gemeinderat Risch unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen vollumfänglich. Der Gemeinderat Oberägeri erachtet die finanziellen Einbusen der vorgesehenen Massnahmen als sinnvoll und verkraftbar.

Die Gemeinderäte Steinhausen und Walchwil, die Mitte Kanton Zug und der Gewerbeverband Kanton Zug weisen darauf hin, dass der Kanton die finanziellen Auswirkungen auf die einzelnen Gemeinden nicht beziffert habe und die Auswirkungen der letzten, achten Teilrevision des Steuergesetzes noch nicht bekannt seien bzw. sich noch nicht entfalten konnten. Dass bereits wieder eine Teilrevision geplant sei, könne nicht nachvollzogen werden bzw. sei nicht opportun. Eine voreilige weitere Steuersenkung sei aus Sicht der Mitte Kanton Zug aktuell nicht notwendig. Der Zuger Mittelstand sowie auch die einheimischen Familien würden immer mehr verdrängt. Die negativen gesellschaftlichen Auswirkungen seien bekannt. Gegen mögliche Abwanderungen von juristischen Personen aufgrund der OECD-Mindeststeuer seien umfangreiche Massnahmen ergriffen worden oder in Planung. Zudem sei die Vorlage durch das Eigenkapital des Kantons motiviert. Die Mindereinnahmen für die Gemeinden seien nicht akzeptabel.

Der Kirchenrat Baar hat keine Einwendungen und der Kirchenrat Risch verzichtet auf eine Vernehmlassung.

Die FDP. Die Liberalen Zug unterstützen grundsätzlich die Stossrichtung der Regierung.

Die SP des Kantons Zug sieht die Vorlage sehr kritisch und will von ihr absehen. Sie beanstandet das System, Menschen mit hohem Einkommen und Vermögen fortwährend steuerlich besserzustellen und Unternehmen zu gestatten, sich möglichst wenig an der Finanzierung öffentlicher Leistungen beteiligen zu müssen. Die finanziellen Ressourcen des Kantons seien stattdessen für den Ausbau des Stipendienwesens, der familien- und schulergänzenden Betreuung, der Prämienverbilligungen und insbesondere des gemeinnützigen Wohnbaus bzw. für Investitionen in den öffentlichen Verkehr, im asyl- und migrationspolitischen Bereich, für den Umgang mit dem demografischen Wandel bzw. der Klimaerwärmung zu verwenden. Das Steuersubstrat würde lokal noch weniger ausgeschöpft, aber unvermindert in den nationalen Finanzausgleich fliessen bzw. durch den Bund über die OECD-Mindeststeuer abgeschöpft werden. Auch die lokale Bevölkerung sollte jedoch von der Abschöpfung des Steuersubstrats verstärkt profitieren können.

Die Alternative – die Grünen Zug lehnt die Vorlage ab. Die soziale Ungleichheit und der Druck auf den Mittelstand bzw. die weniger privilegierte Bevölkerung würden steigen. Die Wohnungsnot würde verschärft und der Steuerwettbewerb angetrieben. Statt Steuergeschenken bedürfe es gezielter Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, Massnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot und Mittel für zukunftsweisende Investitionen.

Die SVP Kanton Zug begrüsst die Vorlage voll und ganz und stellt keine Änderungsanträge.

Die Zuger Wirtschaftskammer unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen, merkt jedoch an, dass die angespannte Wohnungssituation sich wohl eher noch zuspitzen werde. Es läge auch sehr im Interesse der Wirtschaft, schnelle und griffige Massnahmen für dieses Problem zu finden.

Das Obergericht verzichtet auf eine Stellungnahme und das Verwaltungsgericht hat keine Bemerkungen.

Der Anwaltsverein des Kantons Zug äussert sich nur zu rechtlichen Themen oder zu Themen, die direkt seine Mitglieder betreffen, weshalb er zum Versicherungs- und zum Rentnerabzug keine Stellung nimmt.

Der HEV Zugerland verzichtet auf eine detaillierte Stellungnahme, begrüsst aber ganz grundsätzlich die Gesetzesänderungen. Er regt an, dass auch den Hauseigentümern etwas zurückgegeben werden soll, was direkt mit dem Liegenschafts- und Wohneigentum im Zusammenhang steht.

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende (die Mitte Kanton Zug, SP des Kantons Zug, Gewerbeverband Kanton Zug) kritisieren den Titel «Mehrwert für alle» bzw. sehen Verwechslungsgefahren mit anderen Vorlagen.

7.3. Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses

Der Stadtrat Zug sowie die Gemeinderäte Baar, Hünenberg, Risch und Walchwil, die FDP, die Liberalen Zug, die SVP Kanton Zug, die Zuger Wirtschaftskammer und der Anwaltsverein des Kantons Zug befürworten die befristete Senkung des Kantonssteuerfusses, wobei die SVP Kanton Zug sich vorbehält, in den Kommissionsitzungen oder im Kantonsrat weitergehende Anträge zu stellen oder zu unterstützen. Für die Zuger Wirtschaftskammer kann eine unbefristete Senkung geprüft werden, wenn die direkten und indirekten Auswirkungen der OECD-Mindeststeuer bekannt sind.

Der Gemeinderat Menzingen nimmt nicht explizit Stellung, da die Kantonsfinanzen betroffen sind. Die Gemeinderäte Baar und Walchwil empfehlen eine unbefristete Senkung.

Für den Gemeinderat Cham kommt die Senkung zwar der breiten Bevölkerung zugute, erhöht aber die Attraktivität des Kantons und schwächt die gesellschaftliche Identität. Der Gemeinderat Steinhausen verzichtet auf eine Stellungnahme, regt jedoch an, dass der Regierungsrat die gesellschaftspolitischen Auswirkungen seiner Steuerpolitik vermehrt berücksichtigen sollte.

Die Mitte Kanton Zug und der Gewerbeverband Kanton Zug weisen darauf hin, dass im Bericht und Antrag zur achten Teilrevision des Steuergesetzes argumentiert worden sei, dass eine Steuerfussenkung zu einer höheren OECD-Ergänzungssteuer führe, welche zum Teil dem Bund abzuliefern sei. Es sei nicht ersichtlich, warum dieses Argument nicht mehr gelten soll.

Für die SP des Kantons Zug profitierten v. a. einkommensstarke Personen, welche keine weitere Entlastung nötig hätten. Von den Mehreinnahmen aus der OECD-Mindeststeuer würden vorwiegend Unternehmen mit grossen Umsätzen profitieren. Besser wären gezielte Investitionen für Selbstständige, kleine Unternehmungen oder lokale Gründungen.

Die SVP Kanton Zug weist darauf hin, dass ihres Erachtens die separate Vorlage «Genehmigung vorgezogener Budgetkredite 2026 und 2027 für die Vergütung von stationären Spitalbehandlungen» auch in die vorliegende Steuervorlage gehört hätte.

Die Grünliberale Partei Kanton Zug möchte die Steuerausfälle nach Einkommensgruppen bei Privatpersonen bzw. Anzahl Vollzeitstellen bei Unternehmen gegliedert sehen. Zudem sei die Vorlage dem Behördenreferendum zu unterstellen.

Für den Gewerbeverband Kanton Zug ist eine weitere Steuersenkung derzeit nicht opportun. Er verweist auf die bereits ergriffenen oder geplanten Massnahmen gegen die Abwanderung von juristischen Personen im Zusammenhang mit der OECD-Mindeststeuer, die erst gerade in Kraft gesetzte achte Teilrevision des Steuergesetzes sowie die Verdrängung des Mittelstands aus dem Kanton. Das mittelständische produzierende Gewerbe habe Mühe bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden.

7.4. Steuerliche Abbildung gesteigener Krankenkassenprämien

Der Stadtrat Zug, die Gemeinderäte Baar, Cham, Hünenberg, Risch, die FDP.Die Liberalen Zug, die SVP Kanton Zug, die Grünliberale Partei Kanton Zug und die Zuger Wirtschaftskammer sind mit der Erhöhung des Versicherungsabzugs einverstanden. Die FDP.Die Liberalen Zug sprechen sich zudem für eine zusätzliche Erhöhung von 20 bzw. 10 Prozent der vorgeschlagenen Beträge aus. Der Gewerbeverband Kanton Zug begrüsst zwar die Erhöhung, verweist aber ebenfalls auf die geringe Wirkung bei mittleren Einkommen. Der Abzug sei so zu gestalten, dass er ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand für alle Betroffenen eine effektive und spürbare Entlastung bringe.

Der Gemeinderat Menzingen steht einer Erhöhung kritisch gegenüber, die Gemeinderäte Steinhäusern und Walchwil lehnen sie ab. Der Gemeinderat Walchwil merkt an, dass das Grundproblem der steigenden Prämien nicht durch steuerliche Massnahmen gelöst werden könne.

Für die Mitte Kanton Zug erzielen erhöhte Abzüge bei Personen mit mittlerem Einkommen kaum Wirkung, da sie bereits wenig Steuern bezahlen müssen.

Die SP des Kantons Zug unterstützt das sozialpolitische Anliegen, Menschen von hohen Krankenkassenprämien zu entlasten, möchte aber auf steuerliche Massnahmen verzichten und kantonale Massnahmen prüfen, die die Prämien in ein Verhältnis zum Einkommen setzen.

7.5. Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner

Der Stadtrat Zug, die Gemeinderäte Baar und Risch, die FDP.Die Liberalen Zug, die SVP Kanton Zug, die Grünliberale Partei Kanton Zug und die Zuger Wirtschaftskammer sind mit der Erhöhung des Rentnerabzugs einverstanden. Der FDP.Die Liberalen Zug schweben dabei höhere Grenzbeträge (Reinvermögen 800 000 Franken, Reineinkommen 180 000 bzw. 90 000 Franken) vor. Der Gewerbeverband Kanton Zug begrüsst zwar die Erhöhung, verweist aber auf die geringe Wirkung wegen der Teuerung und der Mieten. Der Abzug sei so zu gestalten, dass er

ohne zusätzlichen Verwaltungsaufwand für alle Betroffenen eine effektive und spürbare Entlastung bringe.

Der Gemeinderat Menzingen steht einer Erhöhung kritisch gegenüber. Die Gemeinderäte Cham, Hünenberg, Steinhausen und Walchwil unterstützen sie nicht bzw. lehnen sie ab.

Für die Mitte Kanton Zug erzielen erhöhte Abzüge bei Personen mit mittlerem Einkommen kaum Wirkung, da sie bereits wenig Steuern bezahlen müssen.

Die SP des Kantons Zug unterstützt das sozialpolitische Anliegen, die Kaufkraft von Rentnerinnen und Rentnern zu erhalten, möchte jedoch bei direkten finanziellen Transferleistungen ansetzen.

7.6. Weiteres

Seitens der Vernehmlassungsteilnehmenden wurden folgende ergänzende Massnahmen vorgeschlagen:

- Erhöhung des Mieterabzugs von heute 30 auf 35 Prozent der Nettomiete exkl. Nebenkosten (Stadtrat Zug)
- Festlegung des Eigenmietwerts auf mindestens 50 anstatt 60 Prozent des Marktmietwerts (Stadtrat Zug)
- Massnahmen zu Gunsten der künftigen (jungen) Generation, z. B. im Bereich bezahlbarer Wohnraum (Gemeinderat Cham)
- Ansetzung bei der Alterspolitik eher mit gezielten Massnahmen zur Unterstützung der Gemeinden rund um ihre Aufgaben (Gemeinderat Hünenberg)
- Schaffung steuerlicher Anreize für Weiterarbeiten nach Erreichen des ordentlichen Rentenalters, etwa durch höheren Steuerabzug für arbeitende Pensionierte oder eines Freibetrags wie bei der AHV (Gemeinderat Risch)
- Degressiver Steuerbonus für natürliche Personen bei der Kantonssteuer (Grünliberale Partei Kanton Zug)
- Erhöhung der Pauschalabzüge bei den Liegenschaftsunterhaltskosten von heute 10 bzw. 20 Prozent (HEV Zugerland)

Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmende sprechen zudem die finanziellen Auswirkungen der Vorlage auf die Gemeinden an und fordern einen Ausgleich ihrer finanziellen Mindererträge durch den Kanton:

- Erhöhung des Solidaritätsbeitrags, ohne Befristung (Gemeinderäte Oberägeri und Unterägeri)
- FHG-konformer Ausgleich für die Mindereinnahmen (Gemeinderat Menzingen)
- Einordnung des erhöhten Versicherungsabzugs als OECD-Standortmassnahme im Themenfeld «Soziales» und Finanzierung der kommunalen Mindereinnahmen aus den Einnahmen der OECD-Mindeststeuer (Gemeinderat Baar)
- Steuerfussabgleich zwischen den Gemeinden und dem Kanton um 1-2 Prozent oder eine entsprechende Transferzahlung beispielsweise geknüpft an die Pflegefinanzierung (Gemeinderat Hünenberg)
- Adäquater Ausgleich für die Mindereinnahmen (Gemeinderat Risch)
- Schadloshaltung der Gemeinden (die Mitte Kanton Zug)
- Aufkommen des Kantons für die Steuerausfälle bei den Einwohner- und Bürgergemeinden (Gewerbeverband Kanton Zug)

7.7. Berücksichtigung der Anliegen

Den in mehreren Eingaben geäusserten Anliegen einer Aufschlüsselung der gemeindlichen Mindereinnahmen aus dem höheren Versicherungsabzug und dem erweiterten Abzug für Rentnerinnen und Rentner im Gesamtumfang von 6,9 Millionen Franken auf die einzelnen Gemeinden wird mit der zusätzlichen Beilage 3 Rechnung getragen. Sie zeigt, mit welchen Mindereinnahmen die einzelnen Gemeinden rechnen müssen. Demgegenüber betrifft die befristete Senkung des Kantonssteuerfusses nur die Kantonssteuern, womit sie keinen Einfluss auf die Gemeindesteuererträge hat.

Eine Vielzahl von Vernehmlassungsteilnehmenden fordert, unter verschiedenen Formulierungen und Begründungen, jedoch in derselben Konsequenz, dass der Kanton die Gemeinden für ihre Mindereinnahmen aus der Vorlage kompensieren soll. Diesbezüglich gilt anzumerken, dass das Gros der Steuerausfälle (namentlich jene aus der befristeten Senkung des Kantonssteuerfusses) bereits durch den Kanton getragen wird. In den vier Jahren der befristeten Steuerfuss-Senkung trägt der Kanton jährlich 65,1 Millionen Franken, wogegen alle Gemeinden zusammen nur gerade 6,9 Millionen Franken tragen müssen. Mit anderen Worten: Der Kanton trägt rund 90 Prozent der Ausfälle, die Gemeinden nur gerade rund 10 Prozent der Ausfälle. Anlässlich der 8. Teilrevision des Steuergesetzes wurden zudem die Einwohnergemeinden im Rahmen eines austarierten Gesamtpakets u. a. aus der Mitfinanzierung des NFA entlassen, was ihnen Entlastungen im Bereich von jährlich rund 50 Millionen Franken gebracht hat. Die damalige Berechnung erfolgte statisch. Aufgrund der weiter ansteigenden Beiträge des Kantons in den NFA gewinnt jedoch bei sachlich korrekter dynamischer Betrachtung auch die Entlastung der Gemeinden sukzessive an Wert, d. h. wäre die Beteiligung nicht aufgehoben worden, hätten sie in den kommenden Jahren weiter steigende Beiträge zu entrichten. Zudem unterstützt der Kanton die meisten Gemeinden vorübergehend mit einem Solidaritätsbeitrag. Entsprechend trugen sie netto aus der 8. Teilrevision kaum Ausfälle davon. Von den durch den Kanton aus den Einnahmen der OECD-Mindeststeuer finanzierten Standortmassnahmen werden sie zumindest indirekt ebenfalls profitieren. Vor diesem Hintergrund benötigt es aus Sicht des Regierungsrats keinen zusätzlichen Ausgleich für die im Vergleich zur 8. Teilrevision deutlich geringeren Ausfälle der Gemeinden. Eine gewisse, untergeordnete Beteiligung an den steuerlichen Ausfällen ist ihnen zuzumuten.

Mehrfach wird in den Vernehmlassungseingaben der Zusammenhang zwischen der vorgeschlagenen Senkung des Kantonssteuerfusses und der Neutralisierung des Vorteils durch die OECD-Mindeststeuer für grosse internationale Unternehmen angesprochen. Es trifft zu, dass die Steuerfussenkung für grosse internationale Unternehmen, die seit 1. Januar 2024 unter die 15%-ige OECD-Mindeststeuer fallen, keinen Vorteil bringt. Auf diesen Zusammenhang wurde bereits in den kantonsrätlichen Beratungen zur 8. Teilrevision per 2024 vertieft eingegangen. Dieser unschöne Nebeneffekt ist jedoch im Interesse des Ganzen hinzunehmen, weil die Senkung des Kantonssteuerfusses zumindest für alle steuerzahlenden Privatpersonen (natürliche Personen) und darüber hinaus auch für alle steuerzahlenden «kleineren» Unternehmen (juristische Personen) effektiv eine Entlastung bringt. Praktisch sämtliche Zuger KMU's bzw. Gewerbebetriebe fallen wegen der jährlichen Mindest-Umsatzschwelle von 750 Millionen Euro nicht unter die OECD-Mindeststeuer, für sie alle wirkt sich die vorgeschlagene Senkung des Kantonssteuerfusses also definitiv vorteilhaft aus, weshalb der Regierungsrat daran festhalten möchte (vgl. auch bereits vorn Ziff. 3). Dies umso mehr, als der Kanton die daraus resultierenden Ausfälle ausschliesslich selbst trägt, d. h. die Gemeinden sind davon nicht betroffen.

In den übrigen Punkten divergieren die Rückmeldungen der Vernehmlassungsteilnehmenden breit, entsprechend etwa der Vielfalt der Parteienlandschaft und der individuellen

Interessenlagen der Institutionen und Verbände. Dies ist aus Sicht des Regierungsrats ein Indiz dafür, dass die Vorlage insgesamt ausbalanciert und «stimmig» ist, weshalb er an ihr festhält und dem Kantonsrat Bericht und Antrag überweist.

Der Regierungsrat verzichtet ferner darauf, individuelle Ergänzungsvorschläge bzw. Weiterungen aus dem Vernehmlassungsverfahren in die Vorlage aufzunehmen. Mit der 9. Teilrevision soll ganz bewusst nur ein Steuerpaket für die dringendsten aktuellen Themen mit hohem zeitlichem Druck und offenkundigem Handlungsbedarf geschnürt werden. Dies betrifft die hohen Krankenkassenprämien, die steuerliche Entlastung von Rentnerinnen und Rentner, zu der auch eine kantonsrätliche Motion hängig ist, sowie die gute finanzielle Lage des Kantons (Eigenkapital, Überschüsse). Der Regierungsrat hat deshalb mit der Vernehmlassungsvorlage bewusst ein schlankes, thematisch eng fokussiertes Paket vorgeschlagen. Er möchte die Vorlage für weitere Themen gerade auch wegen des geplanten Inkrafttretens per 2026 und des entsprechend hohen zeitlichen Drucks für die Beratungen in den kantonsrätlichen Kommissionen und im Plenum nicht weiter öffnen und verzetteln. Viele der in der Vernehmlassung geäußerten individuellen Anliegen und Vorschläge würden umfangreiche Abklärungen sachlicher, IT-technischer und juristischer Natur bedingen und unweigerlich auch die Frage nach «symmetrischen» Folgeanpassungen und Entlastungen zugunsten anderer Interessengruppen aufwerfen.

8. Finanzielle Auswirkungen und Anpassungen von Leistungsaufträgen

8.1. Finanzielle Auswirkungen auf den Kanton

Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses

Die steuerlichen Mindererträge des Kantons für die Jahre 2026 bis 2030 betragen insgesamt 224 Millionen Franken (128 Millionen Franken bei den natürlichen Personen und 96 Millionen Franken bei den juristischen Personen; vgl. Tabelle in Kapitel 2).

Steuerliche Abbildung gestiegener Krankenkassenprämien

Die vorgeschlagenen Anpassungen führen für den Kanton zu jährlichen steuerlichen Mindererträgen von rund 6,5 Millionen Franken bei den Kantonssteuern.

Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner

Die vorgeschlagenen Anpassungen führen für den Kanton zu jährlichen steuerlichen Mindererträgen von rund 2,6 Millionen Franken. Sie sind deshalb verhältnismässig gering, weil schon heute sehr viele Rentnerinnen- und Rentnerhaushalte bis weit in den Mittelstand hinein keine oder nur sehr geringe Einkommenssteuerbeträge zahlen.

A	Investitionsrechnung	2024	2025	2026	2027
1.	Gemäss Budget oder Finanzplan:				
	bereits geplante Ausgaben	0	0	0	0
	bereits geplante Einnahmen	0	0	0	0
2.	Gemäss vorliegendem Antrag:				
	effektive Ausgaben	0	0	0	0
	effektive Einnahmen	0	0	0	0
B	Erfolgsrechnung (nur Abschreibungen auf Investitionen)				
3.	Gemäss Budget oder Finanzplan:				
	bereits geplante Abschreibungen	0	0	0	0
4.	Gemäss vorliegendem Antrag:				
	effektive Abschreibungen	0	0	0	0
C	Erfolgsrechnung (ohne Abschreibungen auf Investitionen)				
5.	Gemäss Budget oder Finanzplan:				
	bereits geplanter Aufwand	0	0	0	0
	bereits geplanter Ertrag	941'100'000	970'680'000	1'007'980'000	1'043'880'000
6.	Gemäss vorliegendem Antrag:				
	effektiver Aufwand	0	0	0	0
	effektiver Ertrag:	941'100'000	970'680'000	982'780'000	978'780'000

Die Senkung des Steuerfusses wirkt teilweise bereits im Jahr 2026 und teilweise erst verzögert im Jahr 2027. Die Erhöhung des Krankenkassenabzugs und des Abzugs für Rentnerinnen und Rentner wirkt erst im Folgejahr, vorliegend also erstmals im Jahr 2027. Erst bei Einreichung der Steuererklärung 2026 im Frühling 2027 wird feststellbar sein, welche Steuerpflichtigen im Jahr 2026 wirklich ausreichend hohe Kosten für Krankenkassenprämien nachweisen können und welche Steuerpflichtigen die Bedingungen für den Abzug für Rentnerinnen und Rentner im Jahr 2026 erfüllt haben (d. h. vorhandenes Renteneinkommen und Nichtüberschreiten der Schwellenwerte bei Einkommen und Vermögen).

Die kantonalen Mindererträge stellen sich – ergänzend zur obigen standardisierten Finanztafel – vereinfacht wie folgt dar, wobei die Mindererträge 2031 auch für die Folgejahre weiterwirken:

Mindererträge	2026	2027	2028	2029	2030	2031
Senkung Steuerfuss	-25'200'000	-56'000'000	-56'000'000	-56'000'000	-30'800'000	0
Krankenkassenabzug	0	-6'500'000	-6'500'000	-6'500'000	-6'500'000	-6'500'000
Rentnerabzug	0	-2'600'000	-2'600'000	-2'600'000	-2'600'000	-2'600'000
Total	-25'200'000	-65'100'000	-65'100'000	-65'100'000	-39'900'000	-9'100'000

8.2. Finanzielle Auswirkungen auf die Gemeinden

Befristete Senkung des Kantonssteuerfusses

Die Gemeinden sind von der befristeten Senkung des Kantonssteuerfusses nicht betroffen.

Steuerliche Abbildung gesteigerter Krankenkassenprämien

Die vorgeschlagenen Anpassungen führen für die Gemeinden zu steuerlichen Mindererträgen von rund 4,9 Millionen Franken bei den Gemeindesteuern, welche sich erstmals im Jahr 2027 auswirken.

Steuerliche Entlastung für Rentnerinnen und Rentner

Die vorgeschlagenen Anpassungen führen für die Gemeinden zu Minderträgen von rund 2 Millionen Franken bei den Gemeindesteuern, welche sich erstmals im Jahr 2027 auswirken. Die Mindererträge sind relativ gering, weil bereits heute viele Rentnerhaushalte, auch aus der Mittelschicht, keine oder nur sehr geringe Einkommenssteuern zahlen.

Beilage 3 zeigt, mit welchen Mindereinnahmen die einzelnen Gemeinden aus dem höheren Krankenkassenabzug und dem erweiterten Abzug für Rentnerinnen und Rentner schätzungsweise rechnen müssen.

8.3. Anpassungen von Leistungsaufträgen

Diese Vorlage hat keine Anpassungen von Leistungsaufträgen zur Folge.

9. Zeitplan

28. November 2024	Kantonsrat, Kommissionsbestellung
Dez. 2024 bis Feb. 2025	Kommissionssitzung(en)
Ende Feb. 2025	Kommissionsbericht
1. Hälfte März 2025	Beratung Staatswirtschaftskommission
Ende März 2025	Bericht Staatswirtschaftskommission
5. Juni 2025	Kantonsrat, 1. Lesung
28. August 2025	Kantonsrat, 2. Lesung
30. November 2025	Volksabstimmung (Behördenreferendum)
1. Januar 2026	Inkrafttreten

10. Antrag

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragen wir Ihnen:

1. Auf die Vorlage Nr. 3835.2 - 17916 (Änderung Steuergesetz – neuntes Revisionspaket) sei einzutreten und ihr zuzustimmen.
2. Die Motion von Flurin Grond, Philip C. Brunner und Gregor Bruhin betreffend Stabilisierung der eigenverantwortlichen Altersvorsorge durch steuerliche Entlastung vom 30. Januar 2024 (Vorlage Nr. 3668.1 - 17575) sei teilerheblich zu erklären und als erledigt abzuschreiben.

Zug, 22. Oktober 2024

Mit vorzüglicher Hochachtung
Regierungsrat des Kantons Zug

Die Frau Landammann: Silvia Thalmann-Gut

Der Landschreiber: Tobias Moser

Beilagen:

- Beilage 1: Berechnungsbeispiele
- Beilage 2: Schätzung Mindereinnahmen für Gemeinden